

»Es heißt, sie würden sich nur bereichern wollen«

Aus der Ukraine flüchtenden Roma und Sinti wird vielerorts mit antiziganistischen Ressentiments begegnet. Auch in der BRD. Ein Gespräch mit Chana Dischereit

Neben anderen sind auch viele Menschen mit Romani-Hintergrund auf der Flucht aus der Ukraine. Bei deren Ankunft in Deutschland erlebten diese Ungleichbehandlung, kritisieren Sie und weisen auf einen Fall aus Mannheim. Was ist dort passiert?

Am 23. März sind flüchtende Menschen mit Romani-Hintergrund am Mannheimer Bahnhof angekommen. Ehrenamtliche Helfer empfangen und begleiten die in der Nacht Angereisten zu Räumlichkeiten der Deutschen Bahn, die für Geflüchtete bereitstehen. Beschäftigte der DB-Sicherheit äußerten dort, »solche Menschen« kämen hier nicht rein. Verwiesen wurde auf Diebstahle und Verschmutzungen. Durch diese »Klientel« sei schon mehrfach die »Hütte« leergeräumt worden. So gaben Zeugen die Aussagen der Sicherheitsleute wieder. Dann kam die Bundespolizei dazu. Es waren immer mehr Sicherheitsleute anwesend, darunter auch eine Beamtin, die einen Dobermann-Hund privat mitführte. Das Ganze entsprach einer für die Schutzsuchenden verstörenden Drohkulisse. Beim Gespräch mit der Bahn einen Tag später wurden diese Fehler eingestanden.

Das alles war äußerst traumatisierend, auch für die Helfer. Infolge dieser chaotischen Situation kam es nicht einmal zur Ersthilfe mit Lebensmitteln. Andere ukrainische Geflüchtete wiederum hatten zeitgleich keine Probleme dabei, in die Unterkunft zu kommen.

Wie erklären Sie sich dieses Vorgehen?

Wir sehen vor allem in Stresssituationen an Bahnhöfen, Ländergrenzen oder in den Notunterkünften, dass Menschen auf antiziganistische Stereotype zurückgreifen. Den Flüchtenden wird beispielsweise kein Essen und Trinken angeboten, statt dessen wirft man ihnen vor, sie würden sich in der Situation nur bereichern wollen. Auch der Vorwurf des Klauens entspringt einem ganz alten Ressentiment.

Was wissen Sie über Übergriffe auf fliehende Sinti und Roma in der Ukraine oder den Nachbarländern?

Aus der Ukraine, Moldau, der Slowakei und weiteren Ländern gibt es Berichte von Übergriffen. Die Menschen, die am Bahnhof in Mannheim abgewiesen wurden, haben uns

berichtet, dass sie in der Ukraine beim Versuch, die Grenze zu überqueren, von anderen ukrainischen Geflüchteten nach hinten gedrängt wurden. In Polen gibt es Berichte von Menschen, die verschwunden sind. Es gibt dort Vermutungen, sie würden Opfer von Menschenhandel.

Haben Sie Kontakt zu Partnerorganisationen dort?

Das European Roma Rights Centre beobachtet die Situation vor Ort und in den Grenzregionen. In Fluchtsituationen und im Krieg sind benachteiligte Gruppen immer doppelt betroffen. Das wird sich weiter zuspitzen, wenn es zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung kommt.

Was erwarten Sie angesichts der Berichte über Übergriffe und Schikanen von der Bundesregierung und der EU?

Europaweit ist es jetzt wichtig, mit den Ländern in Kontakt zu bleiben. Nachdem es in der Slowakei diskriminierende Vorfälle gab, wurden Bemühungen unternommen, solchem Verhalten an den Grenzübergängen entgegenzuwirken.

In Russland und der Ukraine ist Antiziganismus nicht neu. Wie hat sich die Situation für Betroffene verändert?

Sowohl in der Ukraine als auch in Russland gibt es eine starke rechte Szene. In der Vergangenheit kam es in der Ukraine zu gewalttätigen Übergriffen und Vertreibungen. Es gibt aber auch andere Gegenden in dem Land, wo dies nicht der Fall ist. Darüber hinaus kämpfen auch Tausende Sinti und Roma in der dortigen Armee und den territorialen Selbstverteidigungseinheiten. Es gibt Roma-NGOs, die vor Ort aktiv sind und humanitäre Hilfe leisten für alle Menschen – nicht nur Roma.

Es leben etwa 400.000 Roma in der Ukraine. Zehn bis zwanzig Prozent davon haben keine Ausweispapiere, sondern oft nur alte sowjetische oder russische Pässe. Dementsprechend gibt es Probleme bei der Ausreise und Einreise in die Nachbarländer. Es ist noch unklar, wie Deutschland und andere Staaten mit »papierlosen« Menschen umgehen werden. Fest steht: Antiziganistische Stereotype, hier würden sich Menschen etwas erschleichen wollen, werden befeuert. Es wird ihnen abgesprochen, Kriegsflüchtlinge zu sein – man sieht sie häufig nur als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge.

Interview: Fabian Linder



Chana Dischereit ist Wissenschaftliche Referentin für Politik und Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg



Blockiert. Die peruanische Regierung hat nach Protesten gegen die hohen Treibstoffpreise eine Ausgangssperre in der Hauptstadt Lima und der benachbarten Hafenstadt Callao verhängt. Die Maßnahme trete am Dienstag morgen in Kraft und ende um Mitternacht, hatte Präsident Pedro Castillo am Montagabend (Ortszeit) in einer TV-Ansprache gesagt. Der Anstieg der Spritpreise, die Erhöhung der Mautgebühren sowie die hohen Kosten für Lebensmittel hatten zuvor zu Protesten geführt. Am Montag hatten Demonstrierende unter anderem in Lima Straßen blockiert (siehe Bild). (AFP/iw)

Massenüberwachung begrenzt

EuGH: Anlasslose Vorratsdatenspeicherung in Ausnahmefällen zulässig

Das anlasslose Speichern von Kommunikationsdaten verstößt auch dann gegen EU-Recht, wenn es dem Kampf gegen schwere Straftaten dient. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Dienstag anlässlich eines Falls aus Irland bekräftigt. Nationale Gesetze der Mitgliedstaaten, die »präventiv eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsdatenspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten, die elektronische Kommunikation betreffen, zum Zweck der Bekämpfung schwerer Straftaten vorsehen«, seien rechtswidrig, so der EuGH. Schwere Kriminalität könne nicht mit einer Bedrohung der nationalen Sicherheit gleichgestellt werden, bei der Ausnahmen zulässig sind, so das Gericht. Allerdings wurde die gezielte Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten

nach geographischen Kriterien, etwa an »kriminalitätsbelasteten« oder stark besuchten Orten wie Bahnhöfen und Flugplätzen, für zulässig erklärt. Ebenso erklärte das Gericht Gesetze für rechtens, wonach die Identität der Käufer von Prepaid-SIM-Karten gespeichert werden muss.

In Deutschland liegt eine Regelung für die Vorratsspeicherung seit 2017 auf Eis. Einen Termin für ein EuGH-Urteil gibt es noch nicht. Im Koalitionsvertrag sei die Abschaffung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung vereinbart worden, erklärte Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) am Dienstag. »Dieses Vorhaben wird durch das heutige Urteil nochmals bestärkt.«

Die Ampelkoalition will stattdessen auf das »Quick-Freeze«-Verfahren setzen. Internetprovider werden dabei erst nach einem Anfangsverdacht

zur Speicherung von Daten einzelner Teilnehmer für einen bestimmten Zeitraum aufgefordert. Der EuGH hat bestätigt, dass er so ein Verfahren zur Bekämpfung schwerer Kriminalität sowie von Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit für rechtens hält.

»Wie mit der Brechstange wird hier immer wieder versucht, Stück für Stück das Verbot anlassloser Massenüberwachung auszuhöhlen«, kritisierte der Sprecher der Grundrechtsvereinigung Digitalcourage, Konstantin Macher, die vom EuGH auf Druck der Mitgliedstaaten zugelassenen Ausnahmen als »Schlupflöcher«. Eine von 30.000 Personen unterzeichnete Klage von Digitalcourage gegen die Vorratsdatenspeicherung wurde 2018 vom Bundesverfassungsgericht angenommen. Ein Urteil steht noch aus.

Nick Brauns

NACHRICHTEN

Sri Lankas Präsident verliert Parlamentsmehrheit

Colombo. Der immer stärker mit Rücktrittsforderungen konfrontierte Präsident Sri Lankas, Gotabaya Rajapaksa, hat am Dienstag seine parlamentarische Mehrheit eingebüßt. Dutzende Abgeordnete entzogen der Regierung ihre Unterstützung, darunter 16 bisherige Vertreter von Rajapaksas SLPP und seiner Koalitionspartner. Der Regierung fehlen nun fünf Mandate für die Mehrheit im Parlament von Colombo. Finanzminister Ali Sabry erklärte nur einen Tag nach seiner Ernennung seinen Rücktritt. Sri Lanka ist mit der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten konfrontiert. (AFP/iw)

In Osteuropa neue NATO-»Battlegroups«

Brüssel. Die NATO militarisiert ihre sogenannte Ostflanke weiter. Wie eine Sprecherin des Kriegsbandnisses der dpa bestätigte, haben die vier neuen multinationalen Gefechtsverbände in

Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Slowakei die erste Stufe der Einsatzbereitschaft erreicht. Ihr Aufbau wurde erst vor einigen Wochen angekündigt. Zur genauen Zusammenstellung und Größe der sogenannten Battlegroups äußerte sich die NATO zunächst nicht. Bislang hatte die NATO nur in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie in Polen dauerhaft multinationale Verbände stationiert. (dpa/iw)

Brüssel: Importverbot für Kohle aus Russland

Brüssel. Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für ein umfangreiches Paket mit neuen Russland-Sanktionen vorgestellt. Es beinhaltet nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) unter anderem ein Importverbot für Kohle aus Russland, eine Hafensperre für russische Schiffe sowie weitere Handelsbeschränkungen. Ob die Sanktionen wie vorgeschlagen verhängt werden, müssen

nun die 27 EU-Staaten entscheiden. Von der Leyen zufolge importiert die EU jährlich russische Kohle im Wert von vier Milliarden Euro. Sie ließ am Dienstag offen, ab wann das Verbot gelten könnte. (dpa/iw)

Etwa 60.000 Ukrainer in Berlin

Berlin. Der Berliner Senat geht davon aus, dass inzwischen mehrere zehntausend ukrainische Flüchtlinge in der Hauptstadt leben. »Unsere Vermutung ist ganz klar, dass auf jeden Fall 50.000 bis 60.000 Menschen bei uns in der Stadt sind«, sagte die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey am Dienstag nach der Senatsitzung. Zum einen seien beim Landesamt für Einwanderung bislang etwa 20.000 Anträge auf einen Aufenthaltstitel für rund 35.000 Menschen gestellt worden. Außerdem hätten in den Bezirken 32.410 Ukrainerinnen und Ukrainer Anträge auf Sozialunterstützung eingereicht. (dpa/iw)